

## **„Wir wollen mehr als Leerstellen“ (262/06)**

*Ein Kooperationsprojekt unter Federführung des Schulzentrum Walliser Straße, Walliser Straße 125, 28325 Bremen (HB)*

### *Lehr- oder Leerstellen?*

Wie es nach der Schule weiter geht, ist eine große Frage für Schülerinnen und Schüler in der zehnten Klasse. Ob man eine Lehrstelle bekommt? Gibt es überhaupt genügend davon? Oder ist man einfach zu schlecht, wenn man keine bekommt? Die öffentlich verfügbaren Zahlen und Daten zum Erfolg von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche geben keine eindeutigen Antworten. Sie scheinen sich sogar zu widersprechen. Hier liegt ein Anlass für das Schulprojekt „Wir wollen mehr als Leerstellen!“, das sich auch als Forschungsprojekt verstehen lässt. Der Titel soll „darauf aufmerksam machen, dass es in Deutschland einfach viel zu wenige Lehrstellen gibt“, erklärt die 17-jährige Jonna Lüers, die am Projekt beteiligt war. Stattdessen gäbe es „viel mehr Leerstellen“.

Der Frage, welche Chancen Bremer Schulabsolventen auf eine Berufsausbildung haben, gingen im Schuljahr 2005/2006 Schülerinnen und Schüler von fünf Bremer Schulen nach. Beteiligt waren der Soziologie-Leistungskurs 11 des Schulzentrums Rübekamp unter Leitung von Anne Creutz, der Wirtschafts-Leistungskurs 11 des Schulzentrums Walle (Frank Nieswandt), der Wirtschaftsgrundkurs, Klasse 2 HH 06/04 des Schulzentrums Walliser Straße (Wolfram Stein) sowie Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Mitte (Barbara Joch) und der Gesamtschule West (Thomas Weinknecht).

*„Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“ (Winston Churchill)*

Die Vorgeschichte zum Projekt bilden unterschiedliche Aussagen zur Situation am Bremer Ausbildungsmarkt. Im Mai 2003 spricht der Deutsche Gewerkschaftsbund von einer „schlechten Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Bremen“ und befürchtet für den Herbst 2003, dass mehr als eintausend Jugendliche in Bremen und Bremerhaven, die eine betriebliche Ausbildung beginnen wollen, leer ausgehen könnten. Im Oktober 2003 teilt die Handelskammer Bremen hingegen mit, dass die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge „deutlich zugelegt“ habe und Bremen damit eine „ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz“ vorweisen könne.

Die Aussage der Handelskammer scheint durch eine Pressemitteilung des Bremer Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Ende November 2003 bestätigt zu werden, wonach am 30. September 2003 insgesamt 211 Jugendliche beim Arbeitsamt Bremen gemeldet waren, die noch keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Bei insgesamt 5109 Ausbildungsplatzsuchenden entspricht dies 4,3 Prozent. Auch ein halbes Jahr später, Ende April 2004, gibt der Bremer Senat bekannt, dass 275 Ausbildungsplätze im Jahr 2003 fehlten, wenn man die Nachfrage von 6529 Ausbildungsstellen dem Angebot von 6254 Plätzen gegenüber stellt. Demnach hätten lediglich 4,2 Prozent der Jugendlichen 2003 keine Lehrstelle gefunden.

Im Mai 2004 jedoch, eine Woche nach der „Erfolgsmeldung“ des Senats, spricht die Bremer Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag davon, dass im Jahr 2003 von 5109 Ausbildungsplatzsuchenden nur 1879 einen Ausbildungsplatz erhalten hätten, also nur 36 Prozent der Jugendlichen. So drängt sich die Frage auf, wie viele Ausbildungsplätze 2003 in Bremen denn tatsächlich fehlten und ob der Senat gar nicht korrekt darstellt, dass die meisten Jugendlichen in Wirklichkeit gar keine Lehrstelle bekamen. Da Statistiken in diesem Bereich aber immer auch politisch ausgelegt werden, schauen sich die Jugendlichen im „Leerstellen“-Projekt diese Statistiken genauer an.

### *Bei genauerer Betrachtung*

Zunächst stellen die Projektteilnehmer fest, dass sich die Senatsregierung, die Grüne Opposition, die Handelskammer und die Gewerkschaften auf die Statistik des Arbeitsamtes Bremen vom Herbst 2003 beziehen. Danach hatten sich 5109 Jugendliche um einen Berufsausbildungsplatz beworben. Auch wenn die Statistik „nur“ 221 oder 4,3 Prozent Jugendliche zählt, die zum Jahresende in der Statistik als „noch nicht vermittelt“ gelten, liegt die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, höher. Was das Arbeitsamt unter „vermittelt“ versteht, zeigt sich bei genauerer Betrachtung seiner Statistik. Es wird sichtbar, dass 1879 (36,8 Prozent) der Bewerber tatsächlich einen Ausbildungsplatz finden konnten. Hingegen besuchten etwa 20 Prozent berufsvorbereitende Schulen oder Maßnahmen. Etwa 10 Prozent suchte eine Arbeit. Jeder fünfte Jugendliche wurde in der Statistik als „unbekannt verblieben“ registriert.

Der Senator für Bildung stellt dem Soziologie-Leistungskurs, dem Wirtschafts-Leistungskurs sowie dem Politik-Grundkurs die „Magellan-Statistik“ zur Verfügung, die seit 2003 den Bildungsweg jedes Schülers in Bremen erfasst. So konnten die Schülerinnen und Schüler im

Projekt für einen Zeitraum von drei Jahren prüfen, wie viele Absolventen des Schuljahres 2002/2003 einen Ausbildungsplatz erhielten.

Aus den 6398 in der Magellan-Statistik registrierten Schülern, die sich in Bremen 2003 hätten eine Lehrstelle bewerben können, rechnen die Projektteilnehmer jene heraus, für die keine Lehrstelle in Frage kam: Abiturienten, die zu studieren begannen und Realschulabsolventen, die auf der gymnasialen Oberstufe das Abitur anstrebten. Für die übrigen 2632 Schüler mit Realschulabschluss sowie mit und ohne Hauptschulabschluss, die im Sommer 2003 einen Ausbildungsplatz benötigten, ermitteln die Projektteilnehmer, dass zum Ausbildungsjahr 2005/2006 nur 36 Prozent eine Lehre begannen, acht Prozent eine vollschulische Berufsausbildung, viereinhalb Prozent die gymnasiale Oberstufe oder Fachoberschule und acht Prozent eine Schule zur Berufsorientierung besuchen. „Man kann das auch Warteschleife nennen“, berichtet Jonna, „denn selten führt es zu Erfolg.“ Hingegen gelten in der Statistik 45 Prozent als „unbekannt“, da sie keine Schule in Bremen besuchen. Die Projektteilnehmer fragen sich, was aus diesen insgesamt 1230 Schülerinnen und Schülern geworden ist.

Der Bremer Senator für Bildung stellt hierzu dem „Leerstellen“-Projekt die Adressen der „unbekannt“ verbliebenen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung. „Und wir haben die einfach mal nach drei Jahren angerufen und gefragt: Wie sieht’s eigentlich aus bei euch? Was macht ihr denn so?“, zeichnet Jonna die Vorgehensweise nach. Letztlich gelang es, insgesamt 433 Schulabgänger, d. h. ein Drittel der „Unbekannten“ zu befragen und ihren weiteren Werdegang aufzuklären. Die Auswertung dieser Telefon-Interviews zeigt, dass 181 dieser Absolventen (also etwa 40 Prozent der „Unbekannten“) eine Berufsausbildung begann. Ein Drittel dieser „Erfolgreichen“ – also rund 60 Jugendliche – fand die Lehrstelle erst nach drei Jahren. Anhand dieser Daten wird die Ausgangsstatistik korrigiert. Demnach gelten nur 28,5 statt zuvor 45 Prozent als „unbekannt“. Weitere 116 Schulabgänger erhielten eine vollschulische Berufsausbildung, 104 wurden in „Assistentenberufen“ vollschulisch ausgebildet. Die Projektteilnehmer kommen zu dem Ergebnis, dass nur die Hälfte der Schulabgänger aus 2003 tatsächlich eine Berufsausbildungschance bekam. Alle anderen besuchten jedoch berufsvorbereitende Schulen, Fachoberschulen oder wechselten auf die gymnasiale Oberstufe. „Ein großer Teil hat trotz schulischer Maßnahmen, die ergriffen wurden, auch nach drei Jahren keinen Ausbildungsplatz gefunden“, fasst Jonna den Befund zusammen.

Die Auswertung der Magellan-Statistik zeigt, dass die Einmündung in eine Berufsausbildung vom Schulabschluss abhängt. Die in den Telefon-Interviews erhobenen Daten bestätigen

diesen Befund. Obwohl sie häufig mehrere berufsorientierende Schulen und Maßnahmen durchlaufen haben, hatten nach drei Jahren nur 6 der telefonisch befragten Schulabgänger ohne Schulabschluss (17 Prozent) eine Lehrstelle. Nur jeder Zweite mit Hauptschulabschluss fand einen Ausbildungsplatz. Von jenen mit Realschulabschluss hatten immerhin 56 Prozent Erfolg. Anhand einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) lässt sich belegen, dass von 2796 Schulabgängern des Jahres 2003 insgesamt 1077 oder 38,5 Prozent eine berufsorientierende Schule besuchten. Bis 2005/2006 fanden davon nur 371 oder 35 Prozent eine Ausbildung. Jene mit Realschulabschluss waren am erfolgreichsten (45 Prozent mit Erfolg), während die Absolventen der Hauptschule (35 Prozent) und Abgänger ohne Schulabschluss (6 Prozent) eher erfolglos blieben. Dies bestätige, „dass es eigentlich nur eine Warteschleife ist und den Staat zudem viel Geld kostet“, deutet Jonna das Ergebnis. „Viele sind arbeitslos gemeldet nach einer solchen schulischen Maßnahme. Manche machen kleine Mini-Jobs, ohne Ausbildung. Die Situation ist ziemlich dramatisch.“

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes zeichnen ein anderes Bild des Lehrstellenmarktes in Bremen als die offiziellen Verlautbarungen. Nur die Hälfte der Schulabgänger aus 2003 fand einen Ausbildungsplatz, und das oft nur nach langem Warten. Diese Erkenntnis hat immerhin Einfluss auf die Wahrnehmung, wie man sich selbst fühlt, wenn man keinen Ausbildungsplatz bekommt. Jonna erzählt von einem Mädchen, das die Schule mit einem Realschulabschluss mit dem Zeugnis-Durchschnitt 3,0 verließ. Selbst nach einem Bewerbungstraining beim Arbeitsamt und 100 verschickten Bewerbungen hatte sie keinen Ausbildungsplatz. Dann habe das Mädchen in einer Bremer Lokalzeitung gelesen, dass 96 Prozent aller Lehrstellenbewerber erfolgreich sind und sich gedacht: „Wie schlecht muss ich eigentlich sein, dass ich zu den lächerlichen vier Prozent gehöre?“, erzählt Jonna.

Die intensive Auseinandersetzung mit amtlichen und eigenen Statistiken macht den Projektteilnehmern deutlich, dass viel mehr Jugendliche leer ausgehen als es in der Zeitung steht. Dies führt die Projektteilnehmer zu der Frage, ob Erfolglosigkeit auf dem Ausbildungsmarkt an den Schulabgängern selbst oder am System der Berufsausbildung liegt. Nicht jede und jeder habe eine Chance. Es würden zu wenige Ausbildungsplätze angeboten. Nur ein Viertel aller Betriebe bilde aus. Der Staat fülle die Lücke in der Berufsausbildung nur unzureichend und biete oft nur Warteschleifen statt eine abgeschlossene Berufsausbildung, so beurteilt Jonna die Situation.

### *Konfrontation der Öffentlichkeit mit den Ergebnissen – Reaktionen von Presse und Politik*

Zur „Nacht der Jugend“ im Bremer Rathaus am 9. November 2006 diskutieren die Jugendlichen ihre Ergebnisse mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Die Diskussion mündet in einer Resolution, in der die Jugendlichen von der Bremer Politik und Wirtschaft fordern, Jugendlichen zu garantieren, nach abgeschlossener Schulausbildung „bruchlos“ in eine Ausbildung oder weiterführende Abschlüsse zu wechseln, nach abgeschlossener Berufsausbildung „bruchlos“ in das Berufsleben einzusteigen sowie Jugendlichen ohne Abschluss eine langfristige Beschäftigung anzubieten. „Das hat ziemlich in der Presse eingeschlagen“, erinnert sich Jonna.

Die Projektteilnehmer werden daraufhin zu ihrer Freude von der SPD-Bürgerschaftsfraktion eingeladen, um ihre Ergebnisse nochmals vorzustellen. Dort erfahren die Jugendlichen ein geteiltes Echo. Einige Politiker versprechen, das Lehrstellenproblem zu regeln. Andere meinen, dies sei „ganz schwer“, erinnert sich Jonna. Auch der Oberbürgermeister wird sich die Ergebnisse anhören. Die Grüne Bürgerschaftsfraktion gibt die Ergebnisse des Projekts in einer Broschüre heraus.

Auch wenn die Politiker, mit denen die Schülerinnen und Schüler reden konnten, das Engagement der Jugendlichen loben, veröffentlicht der Senator kurz nach der Vorstellung der Projektergebnisse Zahlen, aus denen wieder nicht klar hervorging, wie viele Jugendlichen tatsächlich eine Lehrstelle gefunden bzw. nicht gefunden haben. Solche Erfolgszahlen werden vorgelegt, damit „keine Nachfragen kommen“, vermutet Jonna. Doch auch wenn Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche „ein ganz schwieriges Gebiet“ sind, meint Jonna, müsse „einfach was verändert werden.“ Die Politiker „müssen was tun“, so Jonna weiter, denn schulische Maßnahmen kosten viel Geld und bringen kaum etwas. Die Untersuchung der Schülerinnen und Schüler habe ja gezeigt, dass die Jugendlichen, die in diesen Maßnahmen waren, selbst nach drei Jahren „auf der Straße“ stehen, erzählt Jonna. Entsprechend sollten „Betriebe gefördert werden, die Ausbildungsstellen anbieten“, sagt die 17-Jährige, oder „mehr staatliche Ausbildungsplätze“ geschaffen werden. Statt mit Zahlen zu jonglieren, erwartet Jonna von Politiker, dass sie realistische Zahlen vorlegen. Sonst würde „ein Großteil der Bevölkerung überhaupt nicht aufmerksam auf dieses Problem“, meint sie.

### *Sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen – Politik transparent machen*

Auf das Lehrstellenproblem aufmerksam zu machen, bedeutet für Jonna den Kern des demokratischen Handelns in diesem Projekt. Wenn man Max Frisch die Bemerkung

nachsage: ‚Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischen‘, dann hätten die Jugendlichen dies im Projekt getan. „Wir haben gesagt: Das betrifft unsere Generation“, sagt Jonna, denn „jeder kennt irgendwen, der keine Lehrstelle gefunden hat, der eine sucht.“

Um sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen zu können, müsste in der Politik aber „noch Vieles verändert werden“, sagt Jonna. So sollte „der Senat noch stärker kontrolliert“ werden, um mehr hinterfragen zu können, was der Öffentlichkeit präsentiert wird und was daran stimmt – bzw. um sichtbar zu machen, in welcher Perspektive es dargestellt werde. Politik sollte offener werden für alle. Die Bürger sollten „mehr Möglichkeiten haben, sich selber einzumischen“, fordert Jonna. Sie bemängelt, dass sie – wie viele Jugendliche auch – überhaupt nicht verstehe, wovon Politiker, z. B. im Fernsehen, reden. Für Jonna heißt das, nichts ändern zu können und die Lust daran zu verlieren. Politik erscheine „überhaupt nicht bürgernah“, meint Jonna. Es gäbe nur wenig Politiker, die auf die Leute zugehen würden und mit denen „auf einer Ebene, die für viele verständlich ist, diskutieren“. Verständlichkeit gehört für Jonna zur Offenheit der Politik.

### *Von den Lehrstellen zur Weltpolitik*

Offenheit vermisst Jonna auch beim G8-Gipfel in Heiligendamm, der zeitgleich zur Lernstatt Demokratie stattfindet. „Die mächtigsten Menschen der Welt“, so Jonna, „sollten sich nicht hinter einem Zaun verschanzen und über weltbewegende Dinge entscheiden.“ Das sei „nicht demokratisch.“ Stattdessen sollte offener diskutiert werden, d. h. unter Beteiligung von mehr Vertretern, um weltpolitische Angelegenheiten gerechter zu gestalten. Jonna meint, es sei ungerecht, die kleinen Länder „schwach“ zu halten, da die Finanzströme in der Weltwirtschaft letztlich doch den Zugang zu so elementaren Dingen wie Medikamenten oder Wissen beeinflussten. Stattdessen sollte diesen Ländern geholfen werden, „sich selber zu helfen und an unser Wissen zu gelangen ebenso wie an die Medikamente, die man dort benötigt“, so Jonna. Das sei allemal besser als das Modell „Scheinprominente und ‚Wir streicheln kleine schwarze Kinder‘“, sagt Jonna.

Auch wenn seit der Veröffentlichung der Projektergebnisse „keine konkreten Verbesserungen“ feststellbar waren, betrachtet Jonna Aussagen von Politikern nun mit anderen Augen. Wenn beispielsweise gesagt wird, der Bund schaffe jedes Jahr 40.000 neue Lehrstellen, so fragt sich die 17-Jährige, ob nicht verschwiegen wird, wie viele Lehrstellen weggefallen sind. Sie wird darauf achten, ob von „zusätzlich neuen“ Ausbildungsplätzen gesprochen wird.

Die Auswertungsergebnisse hätten gezeigt, dass die „geschönten Zahlen“ vom Senator für Soziales ein „ganz falsches Bild“ vermitteln. Jonna freut sich natürlich auch bei dem Gedanken, der Senator für Bildung könnte sich fragen, was er erreicht habe, indem er die Magellan-Statistik für das Projekt zur Verfügung gestellt hat.

*Das Interview mit Jonna Lüers führte Veit Polowy bei der Lernstatt Demokratie in Jena am 7. Juni 2007*

Dokumentation der Projektergebnisse:

<http://www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/Berichte/nachtderjugend/Berufsausbildung.pdf>

Kurzdarstellung bei Demokratisch Handeln:

<http://www.demokratisch-handeln.de/dh-data/show.php?id=3411>